



Medienkonferenz vom 18. Februar 2015

Nein zum Auspressen von Familien und Mittelstand Nein zum Abbau bei den Prämienverbilligungen

Abbau bei den Prämienverbilligungen ist finanzpolitisch unnötig und sozialpolitisch verheerend

Ursula Marti, Präsidentin SP Kanton Bern, Grossrätin

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Damen und Herren

Für die SP Kanton Bern sind die Prämienverbilligungen eine der wichtigsten sozialpolitischen Massnahmen zur Verhinderung von Armut und um die Kaufkraft der Haushalte des unteren Mittelstands zu erhalten. Damit soll es einkommensschwachen Familien beispielsweise möglich sein, den Kindern Musikunterricht oder das Mitmachen in einem Sportverein zu finanzieren. Eine Kürzung der Krankenkassen-Prämienverbilligungen ist für die SP nicht akzeptabel, das Referendum ist dringend notwendig und wir werden zusammen mit den Komiteepartnern alles daran setzen, dieses zu gewinnen. Mit grosser Überzeugung arbeitet die SP auch bei der Lancierung der Initiative mit. Der SP-Parteitag wird am 4. März 2015 definitiv über die Mitlancierung der Initiative entscheiden.

Kürzungen finanzpolitisch nicht nötig

Die Kürzungen bei den Krankenkassenprämienverbilligungen sind rücksichtslos, umso mehr, weil sie finanzpolitisch gar nicht nötig sind. Ich erinnere an die Jahresrechnung 2013 des Kantons Bern, die mit einem Überschuss von 157 Millionen Franken abgeschlossen hat, was zeigt, dass die schmerzhaften ASP-Abbaumassnahmen bei den Prämienverbilligungen von jährlich 35 Millionen Franken schlicht nicht nötig waren. Das hat auch der Regierungsrat erkannt, der im Sommer 2014 von sich aus auf die Umsetzung der letzten Spartranche von jährlich 10,7 Millionen Franken verzichten wollen. Dem widersetzte sich jedoch die bürgerliche Grossratsmehrheit.

In Bälde wird der Rechnungsabschluss des Kantons Bern für 2014 vorliegen, auch hier wird allgemein ein sehr gutes Ergebnis erwartet. Dazu kommen die Gewinnausschüttungen der Nationalbank von 160 Millionen Franken.

Dass finanzpolitischer Spielraum besteht, darauf lassen auch die Ansinnen der bürgerlichen Parteien schliessen: Nachdem sie das Sparprogramm unerbittlich durchgesetzt haben, wollen sie nun umgekehrt den Fahrkostenabzug in der Steuererklärung



bedeutend höher ansetzen als geplant und damit auf wesentliche Einnahmen verzichten. Bei einem Fahrkostenabzug von 6700 Franken (Antrag Finanzkommission) statt 3000 Franken entgehen dem Kanton jährliche Einnahmen von 35 Millionen Franken. Genau der Betrag, der bei den Prämienverbilligungen eingespart werden soll – das ist schlichtweg zynisch.

Der Abbau bei den Prämienverbilligungen widerspricht also jeder Vernunft und ist ein Affront gegenüber der Bevölkerung, insbesondere den mittelständischen Familien.

Kein Abdrängen in die Sozialhilfe!

Gerade im Kanton Bern ist die Belastung durch die Krankenkassenprämien mit über 13 Prozent des verfügbaren Einkommens überdurchschnittlich hoch (Mittelwert der Modellhaushalte, Expertenbericht 2012). Das bundesrätliche Ziel liegt bei 6 bzw. 8 Prozent (Modellhaushalte mit bzw. ohne Kinder). Deshalb sind im Kanton Bern viele Personen auf Prämienverbilligungen angewiesen. Fallen diese weg, fällt ein Teil der Betroffenen unter das soziale Existenzminimum und muss kurz- oder mittelfristig Sozialhilfe beantragen. Personen, die Prämienverbilligungen benötigen, sind im System der Sozialhilfe jedoch fehl am Platz. Sie brauchen lediglich bedarfsorientierte Unterstützung. Prämienverbilligungen sind deshalb ein sehr geeignetes, der Sozialhilfe vorgelagertes Instrument. Der Bezug von Sozialhilfe ist oft schambeladen und stigmatisierend, zudem verwaltungsintensiv – also wenn möglich zu verhindern.

Mittelstand stark betroffen

Zu betonen ist, dass die Reduktion der Prämienverbilligungen nicht nur die einkommensschwächsten Haushalte einschneidend trifft, sondern insbesondere den unteren Mittelstand. Haushalte mit Einkommen unmittelbar oberhalb der Anspruchsgrenze für Sozialhilfe sowie Ergänzungsleistungen leiden am stärksten unter der Prämienlast. Sie geben oft mehr Geld für die Krankenkassenprämien als für Nahrungsmittel und Steuern aus. Auch Einkommen von Familien mit Kindern und jungen Erwachsenen sind besonders stark belastet, denn die Prämien der jungen Erwachsenen stiegen in den letzten Jahren besonders stark an.

Wir kommen deshalb klar zum Schluss, dass die Prämienverbilligung eigentlich erhöht werden müssten, aber sicher nicht reduziert.